

Risikogesellschaft und die Transnationalisierung sozialer Ungleichheiten

Ulrich Beck

Das erste Jahrhundert der Soziologie ist vorbei, und auf dem Weg in das zweite, das nun begonnen hat, geht es darum, den Raum der soziologischen Imagination und Forschung neu zu erschließen und zu bestimmen, das heißt: für die *Kosmopolitische Konstellation* zu öffnen. Eine kosmopolitische Soziologie bedeutet eine Soziologie, die die ontologisierten Prämissen und Dualismen einer nationalstaatlichen Soziologie – wie national und international, Wir und die Anderen, innen und außen – in ihrer Bedeutung für die Grundkategorien des Sozialen und Politischen sowie für die Bestimmung des soziologischen Untersuchungsgegenstandes reflektiert und auf diese Weise einen neuen soziologischen Blick, auch auf die Phänomene sozialer Ungleichheit, gewinnt. Eine kosmopolitische Soziologie unterscheidet sich klar von einer universalistischen, indem sie nicht ein meist aus dem eigenen – europäischen – historischen Erfahrungszusammenhang gewonnenes generelles Abstraktum voraussetzt, wie zum Beispiel „Gesellschaft“ oder „Weltgesellschaft“ oder „Weltsystem“ oder das „autonome Individuum“ usw. Ins Zentrum treten vielmehr Schlüsselbegriffe wie: Kontingenz, Variabilität, Verflochtenheit sowie die methodologischen Fragen, die sich damit stellen.

Eine kosmopolitische Soziologie kann den Globus daher nicht als ein Territorium auffassen, in dem sich die „Gesetze“, „Systemprämissen“, „Werte“ der westlichen Moderne in Prozessen evolutionärer Modernisierung durchsetzen. Es existiert kein Fixpunkt mehr, von dem aus auch die lokalen und nationalen Prozesse des Wandels angemessen analysiert und verstanden werden können, und zwar weder in Europa oder den USA, noch in der sogenannten „Dritten Welt“. Die kosmopolitische Soziologie muss beides: die provinzielle Nabelschau des nationalen (oder westlichen) Blicks überwinden, aber auch den exotischen Blick im Zusammenspiel und Gegeneinander von Kolonialisierten und Kolonialisierern. Es gibt, wie gesagt, keinen legitimen Schlüssel- und Ausblickspunkt mehr, von dem aus eine Perspektive für alle verkündet werden kann. Und dies gilt – das ist zentral – nicht als ein normatives Postulat, sondern als Voraussetzung, um den wie auch immer geschnittenen Raum sozialer und politischer Erfahrungen und Praktiken zu analysieren und zu verstehen, mit dem sich Soziologen in allen Teilen der Welt beschäftigen.

Die kosmopolitische Soziologie eröffnet also unverzichtbare neue Perspektiven auf scheinbar isolierte lokale und nationale Kontexte. Sie folgt mit diesem neuen „kosmopolitischen Blick“ den empirischen und methodologischen Wegen, die andere Disziplinen – wie die heutige Anthropologie, Geographie, Ethnologie – bereits mit Enthusiasmus beschrritten haben. Diese „kosmopolitische Wende“ vorausgesetzt, stellen sich auch in Bezug auf meine eigenen Analysen in der „Risikogesellschaft“ (Beck 1986), die im Dafür und Dawider die ungleichheitssoziologische Diskussion stimuliert haben, neue, selbstkritische Fragen nach der „institutionalisierten Individualisierung“. Ein Grundgedanke der Individualisierungstheorie wurde damals nämlich weitgehend übersehen und wird jetzt aus der Perspektive einer kosmopolitischen Soziologie zentral, nämlich die Rolle des nationalen Wohlfahrtsstaates für soziale Ungleichheiten.

Das Konzept der „Individualisierung“ ist bekanntermaßen (um es zahm auszudrücken) nicht unanfällig für Missverständnisse. In der Debatte, die an meine Schriften anschließt, habe ich nicht selten den Eindruck, dass die Kontrahenten sich widerlegungsfähig selbstgebastelte Begriffe von „Individualisierung“ konstruieren, die oft so „widerlegungsleicht“ sind, dass selbst die aufwändige Gegenargumentation wie eine überflüssige Anstrengung erscheint. Dieses Image der „Individualisierung“ – als Emanzipation, als freie Wahl, als selbstbewusste Beschreibung individueller Biographien, als freie Markt-Ideologien usw. usf. – wird dann auch meist von niemandem anders als dem vertreten, der dieses Verständnis „widerlegt“. Auch wenn in der „Risikogesellschaft“ zugestandenermaßen eine Mehrdeutigkeit des Individualisierungskonzeptes zu finden ist, so verengt und präzisiert sich mein Verständnis dieses Prozesses in den folgenden Schriften. Es geht nicht um ein subjektives Orientierungsmuster, sondern um einen Struktursachverhalt, der vielleicht besser als „*institutionalisierte Individualisierung*“ bezeichnet werden kann und inzwischen auch längst wird.

Der insbesondere im westlichen Europa, aber auch zunehmend auch in ost-europäischen Ländern zu beobachtende Prozess der Individualisierung ist kein bloß subjektiver Sachverhalt, demgegenüber eine objektive Sozialstruktur der „Klassen“ und „Schichten“ fortbesteht, die für die Selbstbeobachtung, Selbstbeschreibung der Individuen verschlossen ist. Institutionalisierte Individualisierung „verflüssigt“ die „Sozialstruktur“ – auch wenn alte oder neue soziale Ungleichheiten sich herausbilden, wie dies in allen westlichen Ländern zu beobachten ist. Zentrale Institutionen wie zivile, politische und soziale Grundrechte sind heute an das Individuum adressiert, gerade nicht an Kollektive oder Gruppen. Das Bildungssystem, die Arbeitsmarktdynamik, Karrieremuster, ja Mobilität und Märkte ganz allgemein, haben individualisierende Konsequenzen. Die neue Welle der „Flexibilisierung“ und „Labilisierung“ der Erwerbsarbeit bedeutet Individualisierung von Risiken und Lebenszusammenhängen. Individualisierung ist also keine

Sache des „Überbaus“ – der Ideologie –, demgegenüber der „Unterbau“ – die objektive Klassenlage – als „eigentliche“ Realität unberührt bleibt. Individualisierung meint vielmehr einen Strukturwandel, der sich nicht nur z.B. in familialen Pluralisierungstendenzen zeigt, sondern auch empirisch an den institutionalisierten Wandlungstendenzen, beispielsweise im Recht, nachweisen lässt (Beck und Beck-Gernsheim 1990, 2002, 2004).

Die Individualisierungstheorie steht für einen *Paradigmenwechsel sozialer Ungleichheit*. Sie ist damit gerade *nicht* eine Beschwichtigungstheorie (wie häufig unterstellt wird), sondern eine *Krisentheorie*, die überdies aufdeckt, wie die Transnationalisierung sozialer Ungleichheiten den Rahmen institutioneller Antworten (nationalstaatlicher Parteien, Gewerkschaften, wohlfahrtsstaatlicher Systeme *und* der Nationalsoziologien sozialer Klassen) sprengt. Individualisierung meint keinen (End-)Zustand, sondern einen Prozess, genauer: einen Transformationsprozess der Grammatik sozialer Ungleichheiten, der in diesem Sinne zwei Fragen aufwirft: zum einen die Frage der *Ent*-Strukturierung, zum anderen die der *Re*-Strukturierung (Beck und Lau 2004). Es geht nicht um ein subjektives Orientierungsmuster, sondern um einen prozessförmigen Struktursachverhalt.

In welchem Sinne kann von einem „Meta-Wandel“ durch institutionalisierte Individualisierung gesprochen werden? Am Beginn des 21. Jahrhunderts findet ein allgemeines „Out-Sourcing“ von Schlüsselinstitutionen statt, die das Individuum in der Ersten Moderne entlastet, ihm oder ihr Sicherheit und Orientierung gegeben haben (Lash 2002). Man kann dies an der Familie, aber auch am Wohlfahrtsstaat und insbesondere am Unternehmenswandel (Sennett 2002) beobachten. Zugleich findet eine Art „In-Sourcing“ statt. Viele Eigenschaften, Funktionen und Aktivitäten, die früher dem Nationalstaat, dem Wohlfahrtsstaat, der hierarchischen Organisation, der Kleinfamilie, der Klasse, der zentralisierten Gewerkschaft zugeordnet wurden, werden nun nach innen und nach außen ausgelagert: nach außen auf globale oder internationale Institutionen; nach innen auf das Individuum. Das individualisierte Individuum wird paradoxerweise stilisiert zu *der* Kompensationsinstanz für alles, was in der Gesellschaft nicht mehr funktioniert. Für diesen Zweck hat man sich sogar etwas Besonderes ausgedacht. Das fragmentierte Individuum – „der flexible Mensch“ (Sennett 2002) – wird auf den Thron des *mündigen Bürgers* gesetzt, dem alle, die nicht mehr weiter wissen, huldigen.

1 Die Transnationalisierung sozialer Ungleichheiten

Die Freisetzung des Individuums von Klasse und Stand und die Institutionalisierung von Individualisierung sind nur vor dem Hintergrund ökonomischer Prosperität und funktionierender Staatlichkeit denkbar. In der Soziologie sozialer Ungleichheiten wurde die ambivalente Bedeutung des Wohlfahrtsstaates nicht nur für die Strukturierung des Individualisierungsprozesses (und damit der Ungleichheitsstruktur der europäischen Gesellschaften), sondern auch für eine soziologische Perspektive auf sozialen Wandel ganz allgemein unterschätzt. Schon damals wurde gern überlesen, dass die institutionalisierte Individualisierung nichts anderes meint, als dass es die Kategorien und Ressourcen des entwickelten Wohlfahrtsstaates sind, die Individualisierung „erzwingen“. Das gilt nun auch für die institutionalisierte Dekomposition wohlfahrtsstaatlicher Sicherheiten, wie sie in der paradoxen Rede von dem „aktivierenden Sozialstaat“ in den verschiedenen politischen Parteien gepflegt und in den Arbeitsmarkt- und Bildungsreformen mehr und mehr durchgesetzt wird. Die wohlfahrtsstaatliche „Erzeugung“ sozialer Ungleichheiten hat die Soziologie sozialer Ungleichheit ins Blickfeld gerückt. Ihre eigene unreflektierte Einbindung und Teilhabe an den national- und wohlfahrtsstaatlichen Prämissen dagegen ist weitgehend im Dunkeln verblieben: Die Soziologie sozialer Ungleichheit unterschätzt die Rolle des nationalen Wohlfahrtsstaates nicht zuletzt auch deswegen, weil sie in ihrer soziologischen Imagination und Begrifflichkeit unreflektiert die nationalstaatlichen Prämissen übernommen hat, ja, in ihrem Denken und Forschen zum Gefangenen desselben geworden ist. Das nenne ich „methodologischen Nationalismus“. Davon – und das ist die selbstkritische Pointe – ist auch meine Konzeptualisierung eines westeuropäischen Individualisierungsprozesses wesentlich geprägt.

Als Untersuchungseinheit empirischer und theoretischer Ungleichheitssoziologie wird „die Gesellschaft“ unterstellt, verstanden als nationalstaatlich organisierte und begrenzte Gesellschaft. Die Ordnung, die die Ungleichheitssoziologie unterstellt (egal, ob klassen-, schichtungs-, individualisierungstheoretisch orientiert oder auch an Fragen der Alters-, Geschlechter-, Land-Stadt- oder regionalen Ungleichheiten interessiert), beruht auf den Prinzipien von Nationalität und Ethnizität, ohne dass dies in der Klassensoziologie bis heute (angemessen) thematisiert wurde oder wird. Die meisten Klassentheoretiker, einschließlich Bourdieu (1982), der in seinen letzten Jahren so extensiv über Globalisierung nachgedacht hat (1998, 2005), identifiziert die Klassengesellschaft mit dem Nationalstaat (Atkinson 2007: 9). Dasselbe gilt für Wallerstein (1979), Goldthorpe (2002) und viele andere.

Um die Reichweite dieser Hintergrundannahmen aufzuschließen und auszu-leuchten, ist es sinnvoll, zwischen Fragen *erster Ordnung* und Fragen *zweiter*

Ordnung zu unterscheiden: Fragen erster Ordnung beziehen sich auf „Was-Fragen“ sozialer Ungleichheit, Fragen zweiter Ordnung auf „Wer-Fragen“.¹ Fragen erster Ordnung thematisieren die materielle Verteilung von Chancen und Pflichten, Ressourcen und Risiken, also Einkommen, Bildung, Besitz usw. Sie setzen die Antwort auf die nicht gestellten Fragen zweiter Ordnung voraus, nämlich auf die Fragen: *Wer* ist ungleich? Welche (Bezugs-)Einheit geht den Gegensätzen der Klassen voraus? Welches ist der angemessene Rahmen, in dem die Fragen erster Ordnung aufgeworfen und politisch sowie soziologisch beantwortet werden können? Es ist die Kongruenz von politischem Status (nationaler Mitgliedschaft, Pass) und sozioökonomischem Status (Stellung in der nationalstaatlichen Ungleichheitshierarchie), die stillschweigend als die Hintergrundeschematik der Klassenanalyse bis heute vorausgesetzt wird. Ungleichheitsforscher verstehen und analysieren ihren Gegenstand sozusagen vom Standpunkt einer nationalen Wir-Soziologie, die nationalstaatliche Gleichheitsnormen und nationale Wir-Solidarität ebenso voraussetzt wie die nationale Exklusion der nichtnationalen Anderen.

Diese unreflektierte, unterstellte Kongruenz zwischen politischem und sozio-ökonomischem Status meine ich u.a. mit „methodologischem Nationalismus“. Erst im kosmopolitischen Blick wird überhaupt sichtbar, dass die Meta-Prinzipien von Staat, Nationalität und Ethnizität die Bezugseinheit, die Rahmung konstituieren, in der die Fragen der materiellen Verteilung von Ressourcen konfliktvoll ausgetragen werden. Der sozialwissenschaftliche Blick, im Banne des methodologischen Nationalismus, kann gar nicht *sehen*, dass die Verbindung von Nationalität und Territorialität vorgängig die soziale Position von Individuen und Gruppen im Weltmaßstab festlegt. Dem erwerbbaaren Status innerhalb eines national-territorialen Rahmens geht ein zugewiesener, gleichsam ständisch-politischer Status der Herkunftsnation im internationalen System voraus (z.B. gemäß der Unterscheidung von Zentrum und Peripherie).²

Anders gesagt, beruht der methodologische Nationalismus auf einer doppelten Kongruenzannahme: einerseits der Kongruenz von territorialen, politischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Grenzen; andererseits der Kongruenz von Akteursperspektive und sozialwissenschaftlicher Beobachterperspektive. Die Prämisse des normativ-politischen Nationalismus der Akteure wird unreflektiert zur Prämisse der sozialwissenschaftlichen Beobachterperspektive. Beide Kongruenzannahmen bestärken sich wechselseitig (Beck 2002, 2004).

1 Siehe dazu auch Nancy Fraser (2007), die dies im Kontext „reframing *justice* in a globalizing world“ vorschlägt.

2 Diese Überlagerung und Durchdringung von nationalgesellschaftlicher und weltgesellschaftlicher Position sozialer Ungleichheit wird allerdings bei Wallerstein angedacht (1979).

Die Forschungsfragen, gerade auch nach der Radikalisierung sozialer Ungleichheiten, die durch Inkongruenz der Grenzen aufgeworfen werden (also dann, wenn sich die Kongruenz zwischen politischem und sozio-ökonomischem Status auflöst), können im Rahmen des methodologischen Nationalismus weder empirisch, noch theoretisch, noch politisch überhaupt gestellt, geschweige denn beantwortet werden. Territoriale, staatliche, ökonomische und gesellschaftliche Grenzen existieren zwar fort, aber sie koexistieren nicht mehr! Das löst eine Fragenlawine aus: nach der *Ambivalenz* ko- oder multinationaler Handlungsräume und Lebenslagen; nach der *Kontingenz* von inkongruenten Grenzkonstruktionen, die als Resultat kollektiver und individueller Entscheidungen entschlüsselt werden müssen; nach Produktion und Reproduktion *transnationaler* Handlungs- und Ungleichheitsräume (Mau 2007; Vertovec 2006).

Erst im systematischen Wechsel zwischen dem nationalen und dem kosmopolitischen Blick werden die großen, blinden Flecken – und Fehlerquellen – des methodologischen Nationalismus der Individualisierungs- und Klassensoziologie erkennbar, denn nur im Rahmen einer solchen kosmopolitischen Ungleichheitssoziologie kann die fundamentale Asymmetrie der im nationalen Blick befangenen Ungleichheitswahrnehmung sowohl in sozialer als auch in sozialwissenschaftlicher Perspektive aufgedeckt werden. Erst dann wird nämlich überhaupt *sichtbar*, dass die „legitimatorische Leistung“ des nationalen Wohlfahrtsstaates darin liegt, dass dieser die Aufmerksamkeit ausschließlich nach *innen* wendet und dadurch transnationale oder globale Ungleichheiten aus dem Gesichtskreis der relativ Privilegierten verbannt. Erst wenn das *Nationalstaatsprinzip der zwi-schennationalen Unvergleichbarkeit* sozialer Ungleichheiten sowohl für soziale und politische Akteure als auch für die sozialwissenschaftliche Beobachter- und Forschungsperspektive durchgesetzt ist, können sich in einer unreflektierten Koalition Politik und Soziologie weitgehend auf den nationalen Binnenraum sozialer Klassen und deren Regulierung konzentrieren. Die „funktionale Leistung“ des Nationalstaates, globale Ungleichheiten zu „legitimieren“, beruht nicht zuletzt darauf, dass die politisierenden Vergleiche nur *intra-national*, nie *inter-national* ausgespielt werden können. Die delegitimierenden Vergleiche setzen wiederum nationale Gleichheitsnormen voraus. In diesem Sinne können beispielsweise die Einkommensunterschiede zwischen Nigerianern und Deutschen, Südamerikanerinnen und Finninnen, Russen und Chinesen, Türkinnen und Koreanerinnen selbst bei gleicher Qualifikation und Tätigkeit noch so groß sein, delegitimierend wird dies erst, wenn sich diese Vergleiche innerhalb eines *gemeinsamen* Wahrnehmungshorizontes institutionalisierter Gleichheit vollziehen. Dies kann durch die Mitgliedschaft in einer Nation oder in einem global operierenden Konzern gegeben sein, aber vielleicht auch in der „europäischen Gesellschaft“.

Zugleich wird im methodologischen Nationalismus verkannt, dass die Fähigkeit und Möglichkeit zur Grenzüberschreitung in der globalisierten Welt zu einer wesentlichen Ressource sozialer Ungleichheit geworden ist – sei es durch den Besitz von mobilem ökonomischen Kapital oder mobilem kulturellem Kapital; sei es andererseits durch die „Schollenbindung“ – Beispiel: landwirtschaftliche Produktion oder die territoriale Bindung an wohlfahrtsstaatlich abgesicherte Arbeitsplätze. Ausschlaggebend dafür ist nicht die andauernde Mobilität, sondern die *Option*, ökonomisches und kulturelles Kapital transnational zu verwerten zu können (Weiß 2005: 714f).

Gegen diese Kritik der nationalen Introvertiertheit der Ungleichheitsforschung lässt sich einwenden: Von der Weltsystemtheorie (Wallerstein 1983, 1986) und der Dependenztheorie (Frank/Gills 1993), dem breiten Feld der Entwicklungsstudien bis hin zu den Theoretikern der Globalisierung von Klassen wie Sklair (2001, Auszüge in diesem Band) oder Robinson/Harris (2000) (um nur ein paar zu nennen) gibt es eine Fülle von Bestrebungen und Bewegungen im Bereich der Soziologie, globale Ungleichheiten zu erforschen. Auch gilt, dass die globalen Bedingungen für nationale Ungleichheiten, die durch Faktoren wie Kapitalmobilität erzeugt werden, seit langem auf der Forschungsagenda der Ökonomen und Sozialwissenschaftler stehen. Setzt also die Kritik des methodologischen Nationalismus der Klassensoziologie nicht das Vergessen und Verdrängen der Forschung globaler Ungleichheiten voraus (siehe z.B. Martell 2007 sowie zusammenfassend Kiely 2007)?

Nein. Aber um dies zu verstehen müssten wir noch einmal auf die Meta-Frage *zweiter* Ordnung zurückkommen: Welches ist der angemessene Rahmen, innerhalb dessen die Fragen erster Ordnung nach der Verteilung und Regulierung materieller Ungleichheiten aufgeworfen werden? Die Wer-Frage also: Wer sind die relevanten Individuen, die die Vergleichseinheit sozialer Ungleichheit bilden? Was diese *politics of framing* betrifft, so scheint mir die Unterscheidung zwischen *affirmativer* und *transformativer* Politik zentral: Die Mehrzahl der soziologischen Ungleichheitsforscher übernimmt ungefragt die Prämissen des internationalen Rechts, die die Individuen nationalen Gesellschaften zuordnen – übrigens ohne jeglichen empirischen Nachweis! – als Prämisse der nationalstaatlichen Rahmung. Hier handelt es sich also um eine *affirmative* Politik der Rahmung: Das klar geschnittene Entweder-Oder von national und international, Wir und den Anderen wird weitgehend unreflektiert als die angemessene Einheit sozialer Ungleichheiten in die Theorie und Empirie der Klassen übernommen. Völlig richtig ist, es gibt eine große Fülle internationaler komparativer Studien sozialer Ungleichheiten, aber auch diese verwenden Nationalstaats-Durchschnitte und kommen gar nicht auf die Idee, Individuen in Ungleichheitsformen, die nationale Grenzen überschreiten und mischen, in ihre Komparatistik einzubezie-

hen. Auch *globale* Ungleichheiten – so interessant und wichtig diese sein mögen – setzen zumeist nationalstaatliche Durchschnitte voraus. Insofern lassen sich drei Anwendungsbeispiele des methodologischen Nationalismus unterscheiden: *nationale* Rahmung, *international* vergleichende Rahmung sowie *globale* Rahmung. Sie alle beruhen darauf, dass, wie gesagt, die politische und rechtliche Grammatik nationaler Grenzen unreflektiert und affirmativ zur Prämisse der Rahmung sozialwissenschaftlicher Ungleichheitsforschung gemacht wird.

Davon ist zu unterscheiden der *kosmopolitische* Blick, der eine aktive *transformative, transnationale* Politik der Rahmung verfolgt: das Nationalstaatsprinzip beantwortet nicht mehr die Wer-Frage sozialer Ungleichheit. Denn in einer globalisierten Welt verliert die nationalstaatliche Rahmung ihre Aura der Selbstevidenz. Angesichts geopolitischer Instabilitäten verbreitet sich die Erfahrung der „Globalität“ (Nederveen Pieterse 2004, Bauman 1998, Albrow 1996, Robertson 1992). Das heißt beispielsweise: Entscheidungen, die innerhalb eines Territorialstaates getroffen werden, verändern die Positionen von Menschen wesentlich, die jenseits der Grenzen dieses Staates liegen; ähnliches gilt für die Entscheidungen von Unternehmen, transnationalen Konzernen, Kommunikations- und Informationsströmen des Internets, Spekulanten des Kasino-Kapitalismus, supranationalen Organisationen, globalen Risiken, transnationalen Öffentlichkeiten usw. usf. Weil aber nationalstaatliche Grenzen unter Bedingungen der kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Globalisierung immer mehr dem Schweizer Käse gleichen, bei dem bekanntermaßen die Löcher das Wesentliche ausmachen, erfahren sich die Menschen in ihren sozial ungleichen Positionen verletzlich für transnationale Ströme, Kräfte und Mächte. Konfrontiert mit Klimawandel, der Verbreitung von Aids, der Unkalkulierbarkeit des transnationalen Terrorismus und dem Unilateralismus der größten Militärmacht der Welt sehen sich immer mehr Menschen der Erfahrung ausgesetzt, dass ihre Lebens- und Überlebensbedingungen mindestens so sehr von Prozessen abhängen, die die Grenzen der Nationalstaaten durchdringen wie von solchen, die nationalstaatlich kontrollierbar erscheinen.

Damit aber verändert sich die *Grammatik* sozialer Ungleichheit. Eine minimalistische Kritik des methodologischen Nationalismus der Klassensoziologie lässt sich wie folgt formulieren: In einer globalisierten Welt, in der die nationalstaatlichen Grenzen ihre politische, ökonomische, kulturelle Kongruenz und Eindeutigkeit verlieren, schlägt die ausschließliche Fokussierung auf Klassenstrukturen zwischen nationalen Mitbürgern schnell um in Konflikte darüber, *wer* zählt als Mitglied, also *wie* wird die relevante soziale Einheit definiert? Entsprechend lautet die Schlüsselfrage, die sich dem methodologischen Kosmopolitismus stellt: Wie können Rahmen, Einheiten sozialer Ungleichheiten über Grenzen hinweg zwischen verschiedenen Menschen und Bevölkerungen konstruiert werden,

deren Identitäten unter anderem Solidaritäten einschließen, die auf anderen interaktiven und partizipativen Klassifikationen als Nationen und politischen Einheiten gründen?

Ich möchte im Folgenden wenigstens exemplarisch einige Antworten auf diese Frage skizzieren, indem beispielhaft die soziale Grammatik transnationaler Formen sozialer Ungleichheiten – Ungleichheiten globaler Risiken (2), gesamt-europäische Ungleichheiten (3) und Artisten der Grenze (4) – konzeptionell erläutert wird. Die *These* lautet: Das Ende der nationalen Klassengesellschaft ist nicht das Ende sozialer Ungleichheit, sondern genau im Gegenteil die Geburt radikalerer neuer „kosmopolitischer“ Formen sozialer Ungleichheit, denen (bislang) keine institutionalisierten Antworten (Gewerkschaften, Wohlfahrtsstaat) entsprechen.

2 Die Ungleichheit globaler Risiken

Das Nationalstaatsprinzip, so habe ich argumentiert, ist nicht länger in der Lage, die Ungleichheiten abzubilden. Was kann an die Stelle treten? Mein Vorschlag: das *Nebenfolgen-Prinzip*. Dieses besagt: Zur Einheit sozialer Ungleichheit gehören Personen, Gruppen, Bevölkerungen, die über nationalstaatliche Grenzen hinweg in ihren Lebenslagen und Lebenschancen wesentlich von den Folgen der Entscheidungen und Strukturen Anderer betroffen sind. Von diesem Blickwinkel her lässt sich noch einmal der methodologische Nationalismus definieren: In diesem Horizont fällt das Nationalstaatsprinzip zusammen mit dem (Neben-)Folgen-Prinzip. Genau das wird falsch in der Weltrisikogesellschaft. Neben die nationalen treten kosmopolitische Horizonte: die Suche nach einer neuen zukunftsorientierten, planetarischen Verantwortungsethik, die die Betroffenheit durch die Entscheidung anderer zum Politikum macht, und die in neuen kulturellen Bewegungen ihren Fürsprecher findet (Beck 2007).

Wer den Zusammenhang von Weltrisiko und sozialer Ungleichheit aufdecken will, muss die Grammatik des Risikobegriffs offen legen: Risiko und soziale Ungleichheit, ja, Risiko und Herrschaft sind zwei Seiten derselben Medaille. Setzt das Risiko doch die Entscheidung, also einen Entscheider, voraus, und erzeugt eine radikale Asymmetrie zwischen denjenigen, die Risiken wagen, definieren und von ihnen profitieren, und denjenigen, denen sie zugewiesen werden, die die „nicht-gesehenen Nebenfolgen“ der Entscheidungen Anderer am eigenen Leib ausbaden, vielleicht sogar mit ihrem Leben bezahlen müssen, ohne am Zustandekommen der Entscheidung mitwirken zu können. Worin liegt die Funktionalität, die Attraktivität der „Globalisierung“ der Risiken für wen? Auch hier zeigt sich der Zusammenhang von Risiko und Risikoungleichheit, Risiko und

Herrschaft. Oft gilt: Man *exportiert* die Gefahr entweder räumlich: in Länder, deren Eliten darin ihre Chancen sehen, oder zeitlich: in die Zukunft ungeborener Generationen.³ Für diesen florierenden Gefahrenexport müssen nationale Grenzen nicht beseitigt werden, vielmehr ist ihre Existenz eine Voraussetzung. Nur weil diese Sicht- und Relevanzmauern in den Köpfen und im Recht fortbestehen, bleibt „latent“ und „Nebenfolge“, was bewusst getan wird. Man spart Geld, wenn man das Risiko dahin transportiert, wo die Sicherheitsstandards niedrig sind und die Arme des Gesetzes nicht hinreichen, insbesondere die des eigenen nationalen Rechts. Das gilt für den Export von Folter wie für den Export von Müll, gefährlichen Produkten und umstrittenen Forschungen. Entsprechend werden die Gefahren über die Grenzen „abgeschoben“ – in Niedrigsicherheitsländer, Niedriglohnländer, Niedrigrechtsländer. Im kosmopolitischen Blick folgt die Verteilung der „latenten Nebenfolgen“ dem Muster der Ausbeutung rechtsdünner, marginaler, peripherer Regionen, weil hier Bürgerrechte ein Fremdwort sind und die politischen Eliten dadurch ihre Position erhalten, nämlich als weitgehend widerstandsloses „Nebenfolgen-Land“ in Betracht zu kommen und zum Zweck der Gewinnmaximierung die „latent“ gehaltene „Gefahren-Maximierung“ zu übernehmen.

Das Nicht-Wahrnehmen oder Nicht-Wahrhabenwollen der Risiken wächst mit der Alternativlosigkeit des menschlichen Daseins. Man wälzt die Risiken dahin ab, wo sie nicht wahrgenommen, nicht ernst genommen werden. Die Gefahrenakzeptanz in diesen Ländern ist nicht gleichzusetzen mit Einverständnis, deren Verschweigen und die damit einhergehende Verschwiegenheit nähren sich aus der Not. Anders formuliert: Gefahren werden nicht akzeptiert, sondern aufgezwungen. Und das unbemerkt, durch die Macht der inszenierten Nicht-Inszenierung.

Die Geringschätzung von Risiken in Staaten, in denen die Armut und die Analphabetenrate besonders hoch sind, bedeutet also keineswegs, dass diese Gesellschaften nicht in die Weltrisikogesellschaft integriert sind. Es gilt vielmehr umgekehrt: Sie sind aufgrund der knappen Ressource des Schweigens, die sie als ihre Reichtümer anbieten, am schlimmsten betroffen: Es herrscht ein verhängnisvoller Magnetismus zwischen Armut, sozialer Verwundbarkeit, Korruption und Gefahrenakkumulation. Die Ärmsten der Armen leben in den toten Winkeln und daher gefahrvollsten Todeszonen der Weltrisikogesellschaft.

3 Manche werden hier vielleicht einen Widerspruch zu erkennen glauben: Einerseits behaupte ich, die Globalisierung ist die große, gleichmachende Angstmaschine, andererseits die Ungleichheit globaler Risiken. Hier zeigt sich keine Unstimmigkeit im Denkansatz, sondern die Komplexität der Wirklichkeit: beides ist richtig.

3 Gesamteuropäische Ungleichheiten

Denn systematisch betrachtet, wird erst im kosmopolitischen Blick sichtbar und erforschbar, was nationale Grenzen leisten: Sie institutionalisieren die Unvergleichbarkeit nationaler Räume und „legitimieren“ auf diese Weise transnationale und globale Ungleichheiten (Beck 2005: 50-70). Indem die Soziologie diese institutionalisierte Binnen- und Inselorientierung sozialer Ungleichheiten verdoppelt, stellt sie sich selbst (unreflektiert) in diesen „Legitimationsdienst“: Nationale Gleichheitsnormen exkludieren transnationale Ungleichheiten; intra-nationale Vergleichbarkeit von Ungleichheiten sichert inter-nationale Unvergleichbarkeit.

Die vorbestimmte Irrelevanz großer globaler Ungleichheiten ermöglicht es, mächtigen und reichen Nationalstaaten, die Risiken ihrer Entscheidung auf arme Staaten abzuwälzen (siehe oben), eine Praktik, die zuletzt dadurch stabilisiert wird, dass die nationale Handlungsperspektive durch den methodologischen Nationalismus der Soziologie bestätigt und bekräftigt wird. Die darauf basierende Klassensoziologie verdoppelt die nationale Schließung und entwirft sich und ihren Forschungsgegenstand im Sinne einer nationalstaatlichen „Eingeborenen-Wissenschaft“. Was ansonsten wissenschaftlich als problematisch gilt, wird hier unreflektiert zum methodologischen Prinzip erhoben: Selbsterforschung. Eben diese Autistik des nationalen Blicks gerät in Widerspruch zu den Prozessen der Europäisierung. Damit stellt sich die Frage: Welche transnationale, gesamteuropäische Ungleichheitsdynamik geht aus der politischen Integration Europas hervor (Beck/Grande 2004: 258ff.)?

Diese Frage richtet sich nicht nur darauf, welche Konflikte mit der Europäisierung sich schon heute abzeichnen, sondern es geht vorgelagert um die meta-theoretische Frage zweiter Ordnung, welche Ungleichheitskategorien und -koordinaten die gesamteuropäische Konfliktdynamik überhaupt kennzeichnen (Kriesi/Grande 2006). Kann man einfach unterstellen, dass das Narrativ der Klassen, das im Rahmen der Nationalstaaten und Nationalgesellschaften entwickelt wurde, auch auf der europäischen Ebene anwendbar ist? Wohl kaum. Wie aber verhalten sich dann die Was-Frage erster Ordnung und die Wer-Frage zweiter Ordnung sozialer Ungleichheit im gesamteuropäischen Rahmen zueinander?

Mit der Osterweiterung werden weder Länder kolonialisiert, noch dürfte es zu unabsehbaren Migrationsströme kommen, aber es geschieht etwas vielleicht viel Gravierenderes: Ganze Länder „immigrieren“ in die EU. Die Folge ist: Europäische Ausländer werden zu europäischen Inländern. Also: Die Rahmung sozialer Ungleichheit mutiert. Die Frage zweiter Ordnung – das Wer-ist-Ungleich? – durchläuft einen Gestaltwandel. Freiwillige Kollektivimmigration von Staaten ist ein historisch neuartiges Phänomen. Was bedeutet das für die „ethnische“

Selbstdefinition der EU, die bisher durch eine Art „westeuropäischen Rassismus“ gekennzeichnet war, der sich selbst als solcher kaum bemerken musste oder konnte? Und was bedeutet das dann auch für das gesamteuropäische Ungleichheits- und Konfliktgefüge?

Bislang – und darin zeigt sich besonders nachdrücklich der methodologische Nationalismus der Soziologie – geht diese noch weitgehend unreflektiert davon aus: Europa muss im Plural der Gesellschaften, also *additiv* begriffen werden. Anders gesagt: Die Gesellschaft Europas fällt zusammen mit den nationalen Gesellschaften Europas: Frankreich, Deutschland, den Benelux- und skandinavischen Ländern, Spanien, Portugal, Polen usw. Diese begriffliche Weichenstellung programmiert das Unverständnis, das die Soziologie Europa entgegenbringt, ja, die soziologische Irrelevanz Europas vor, besiegelt die Europablindheit der Soziologie (Mau 2006). Es kommt zwar zu komparativen Studien, die im methodischen Vergleich der Nationalgesellschaften „Europäisierung“ zu erfassen versuchen; oder man denkt Europäisierung nach dem Modell der endogenen Konvergenz von Nationalgesellschaften; oder schließlich überlappend, im Sinne von Schnittmengen gesellschaftlicher und historischer Gemeinsamkeiten. Aber die Schlüsselfragen einer makro-soziologischen Europadynamik sozialer Ungleichheiten geraten so gar nicht erst in den Blick: Wie lassen sich ein Gesellschaftsraum und seine Dynamik begreifen, zu dem zwar Nationalgesellschaften gehören, der jedoch nicht den nationalgesellschaftlichen Prämissen sozialer Kohäsion, kultureller Homogenität, politischer Partizipation und wohlfahrtsstaatlicher Assistenz gehorcht (Heidenreich 2006; Pofertl 2006; Bach 2004; Delanty/Rumford 2005)?

Europäisierung ist durch einen Meta-Wandel gekennzeichnet, nämlich dadurch, dass der Grenzkonstruktion und Arbeitsteilung zwischen nationaler und internationaler Politik die Grundlage entzogen wird. Europäisierung ist also das klassische historische Beispiel für einen Gestaltenwandel sozialer Ungleichheit durch Entgrenzung nationaler Räume. Wenn man, grob vereinfacht, einen Zusammenhang zwischen abgekapselter nationalstaatlicher Klassenanalyse und der Erweiterung und der Vertiefung der EU formulieren will, dann kann man sagen: Je mehr Europäisierung, desto mehr ersetzt das Prinzip der Vergleichbarkeit das Prinzip der Unvergleichbarkeit sozialer Ungleichheit zwischen den nationalstaatlichen Räumen, desto mehr tritt innerhalb einer europäischen Rahmung die Vielfalt nationaler Ungleichheitskulturen in Europa hervor und desto explosiver wird die gesamteuropäische Ungleichheitsdynamik. Während in der nationalstaatlichen Epoche der Ersten Moderne die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede zwischen den europäischen Ländern wechselseitig ignoriert werden konnten, so prallen diese nun mit fortschreitender Europäisierung aufeinander.

Mit der wirtschaftlichen und politischen Entgrenzung nationaler Räume steht somit auch der methodologische Nationalismus der Klassentheorie und -soziologie auf dem Prüfstand. Die *unterstellte* strikte Trennung zwischen nationalen und internationalen Räumen (wobei in nationalen Räumen zivile, politische und soziale Grundrechte und Gleichheitsnormen institutionalisiert wurden, und internationale Räume durch die wechselseitige Anerkennung souveräner Staaten entstehen) erodiert. Damit öffnen sich überhaupt erst die Tore zu den vulkanischen Ungleichheitslandschaften Europas. Wie interagieren die gesamteuropäischen Konfliktodynamiken mit spezifischen, regionalen, nationalen und individuellen Ungleichheiten?

4 **Artisten der Grenze. Die Dynamik der Migration**

Die Frage zweiter Ordnung, die Wer-Frage, die Frage nach der Rahmung sozialer Ungleichheit setzt nicht nur den administrativen Blick der nationalstaatlichen Rechtsautorität und ihrer exekutiven Akteure (Grenzschutzbeamten, Polizei, Staatsanwaltschaft, Gerichte usw.) voraus. Diese Wer-Frage kann auch gegen diese Akteure der institutionalisierten Definitionsmacht *von unten*, aktiv durch Praktiken grenzenüberschreitender Lebensformen aufgeworfen und beantwortet werden. Was die Klassensoziologie, die unbefragt die territoriale nationalstaatliche Ungleichheitseinheit als Prämisse ihrer Forschungen übernimmt, gänzlich übersieht, ist die Tatsache, dass die Ressource und Kapazität des „Grenzennutzens“, das heißt: nationalstaatliche Grenzen zu überschreiten oder für die Akkumulation von Lebenschancen zu instrumentalisieren, zu einer Schlüsselvariablen sozialer Ungleichheit in der globalisierten Welt geworden ist. „While spatial relations are without doubt diverse, their influence on positions of social inequality can be reduced to two aspects. *Spatial autonomy* constitutes an advantage in itself. If spatial autonomy is compromised, the *quality of the spaces* to which an actor is limited or gains access is an important factor shaping positions of social inequality” (Weiß 2005: 714). Darin verbergen sich mehrere Komponenten:

Erstens: Wer zu einer Einheit sozialer Ungleichheit dazugehört, gehorcht nicht nur der administrativen Definitionsmacht (Pass-Bürger, Mitbürger), sondern entspringt auch der Agency der aktiven Transnationalisierung *von unten*. Wenn es richtig ist, dass sich in der Zweiten Moderne die Grenzen verwischen und vermischen, dann ist der Typus des „Durchschnittlichen Migranten“ die Verkörperung der sich vermischenden Grenzen zwischen Nationen, Staaten, gesetzlichen Ordnungen und deren Widersprüchen. Der durchschnittliche Migrant muss, um zu überleben, ein *Artist der Grenze* werden (des Unterlaufens der Grenze, des Nutzens der Grenze, des Setzens der Grenze, der Überbrückens der

Grenze usw.), und er oder sie kann abstürzen vom Hochseil des Grenznutzens, auf dem er oder sie balanciert. Im nationalen Blick ist es ausgeschlossen, die potentiell kriminellen Migranten als Avantgarde einer transnationalen Mobilität zu sehen. Ebenso kommt es gar nicht in den Sinn, dass diese mobilen Bevölkerungen eine kosmopolitische Existenzform erprobt; sie erscheinen vielmehr als widerspenstig, da sie die Assimilation verweigern.

Zweitens: Wer die Kapazität der Grenzüberschreitung des Grenznutzens als konstitutiv für transnationale Ungleichheitslagen begreift, kann aufzeigen (in einem ersten Zugriff), wie neuartige radikalisierte Ungleichheitshierarchien jenseits von Nation und Klasse entstehen: „While the upper and some middle layers of world society extend their life-worlds to the globe, the lowest positions are affected by global dynamics, but reduced to their immediated surroundings in the opportunities for action.“ (Weiß 2005: 716) Radikalisierung transnationaler Ungleichheiten heißt: Im reichen oberen Drittel der Welthierarchie wird die „Polygamie des Ortes“ praktiziert; die reichen Eliten können im Zweifelsfall sogar privat ihre Schutz vor alltäglicher Gewalt finanzieren. Während die Ausgeschlossenheit der Ausgeschlossenen nicht zuletzt durch den Ausschluss von den Ressourcen der grenzüberschreitenden Mobilität besiegelt wird (Bauman 2001; Castells 2003). In der breiten Mitte wird deutlich, dass es nicht nur aktive, sondern auch passive („erlittene“, „erzwungene“) Transnationalisierung gibt. Mit der informationstechnologischen Durchlässigkeit nationalstaatlicher Grenzen entstehen neue Austauschmöglichkeiten und Konkurrenzen am Arbeitsmarkt über nationale Grenzen hinweg (Beck 2004; Mau 2007)

Drittens: In diesen durch Armut und Reichtum an grenzüberschreitenden Möglichkeiten geprüften Lebensformen überschneiden und durchdringen sich *verschiedene nationalstaatliche Räume sozialer Ungleichheit*. Dabei finden sich die mobilen Individuen typischerweise in den verschiedenen Rahmungen sozialer Ungleichheit ungleich platziert. Zugleich gilt: Je größer die räumliche Autonomie der Individuen (Familie und ethnische Gruppen), desto geringer die Bedeutung der Grenze.

Aihwa Ong spricht, auf den politischen Status bezogen, in diesem Zusammenhang von „*Flexiblen Staatsbürgerschaften*“ (2005). Damit bezieht sie sich auf Manager, Technokraten und Geschäftsleute aus der chinesischen Elite, die die Verschiebung nationaler Zugehörigkeiten für Investitionen, Arbeit und Neuansiedlung in großen internationalen Diasporas nutzen. So weichen sie ungleichen politischen und ökonomischen Bedingungen in verschiedenen Teilen der Welt aus und sie ziehen Gewinn aus ihnen. Caroline H. Bledsoe gibt für strategische Praktiken des Grenznutzens ein anschauliches Beispiel – die „*Anchor Babies*“ in den USA: „This term refers to children who, by virtue of their birth on U.S. soil, become the means by which their families stake a future claim on

the legal U.S. residence” (2004: 98). Da, wer auf dem Territorium der USA geboren wird, automatisch die amerikanische Staatsbürgerschaft zugesprochen erhält, und da mit dem 18. Lebensjahr der in den USA geborene Staatsbürger die Option der Familienzusammenführung erhält, wird das *anchor baby*, erwachsen geworden, zum sozialen Akteur, der die Wer-Frage sozialer Ungleichheit aktiv beantwortet, indem er oder sie alle Arten von Familienmitgliedern als legale Bürger in das Land bringt.⁴ Genauer betrachtet, enthält die Ungleichheitsressource der Grenzüberschreitung und Grenznutzung drei Komponenten:

1. Wer über das entsprechende *ökonomische Kapital* oder *kulturelle Kapital* verfügt, das ihn oder sie in die Lage versetzt, den optimalen Kontext für deren Verwertung selbst zu wählen, findet sich in einer besseren Position als diejenigen, die (aus welchen Gründen auch immer, z.B. landwirtschaftliche Bindung an den Boden oder wohlfahrtsstaatliche Bindung an bestimmte Arbeitsplätze) in der Entfaltung ihrer Lebenschancen an den nationalstaatlichen Rahmen und Raum gebunden sind (Weiß 2005).
2. Hinzu kommen die *nicht-intendierten Instrumentalisierungsmöglichkeiten von Grenzregimen*. Alle Versuche, die Politik der Abgrenzung rechtlich und militärisch wasserdicht zu machen, reißen ungewollt (und ungesehen) Löcher auf, die Findige und Erfahrene für die Zwecke zu nutzen wissen, grenzübergreifende Existenzformen zu basteln. „As states respond, attempting to impose clarity that will in turn allow them to impose restrictions, the results will inevitably have yet more loop holes and ambiguous meanings that people at the margins in turn may try to press.” (Bledsoe: 79)
3. Drittens: Die bestenfalls geduldeten, oft kriminalisierten „loop hole artists” sind *hochfunktional*, selbst wenn sie im nationalen Blick als illegitim oder illegal erscheinen. Wie Saskia Sassen (2007) zeigt, gibt es widersprüchliche Strategien, welche die Abwanderung aus der Peripherie fördern und den Einsatz von Migrant*innen, ethnischen Minderheiten und Frauen in den eigentlich hochsegmentierten Arbeitsmärkten des Zentrums stillschweigend dulden oder sogar fördern. Denn die extrafunktionalen Qualifikationen, die Migrant*innen anbieten, kombinieren soziale Kompetenzen mit der Bereitschaft, zu niedrigen Löhnen und in ungeschützten Verträgen (soweit es diese über-

4 „A number of impoverished pregnant women every year try to reach the U.S. to give birth by undertaking dangerous crossings that parallel those in Europe: trekking across deserts, entering cargo containers, and even crossing dangerous rivers. But the most striking cases may be wealthy Mexican women who cross the border in the most routine manner, not just once but multiple times, for prenatal checks with the physician who they have engaged to deliver them. (...) In effect, a non-US citizen, through the highly strategic use of just one birth, can eventually transform an entire family into individuals with permanent legitimacy.” (Bledsoe 2004: 98 f.)

haupt gibt) zu arbeiten, die für bestimmte Segmente gering qualifizierter Teilarbeitsmärkte hochfunktional sind.

„Der neue Typus eines migrantischen Alltagskosmopoliten entwickelt seine Kompetenzen, mit Fremdheit umzugehen, durch die Grenzerfahrungen der Kulturalisierung und Ethnisierung. In den Einwanderungsgesellschaften werden Migranten geradezu zwangsläufig Experten für das kulturelle Unterscheidungssystem, das sie zu ethnischen Fremden macht, vor allem auch für seine banale Erscheinungsweise im Alltag. Auf der Grundlage dieser Erfahrungen entsteht ein Reservoir an ‚Etiketten‘ für die eigene Gebrauchskultur: z.B. für eine zeitweilige strategische Selbst-Ethnisierung oder für die vielen Formen von ‚Ethno-Mimikry‘, die sich dem Multikulturalismus andienen, um ihn zu überlisten... Diesem Kosmopolitismus haftet weder die Lust noch die Last der Differenz an. Kultur und Identität sind hier keine autonomen Horizonte, die es im Sinne einer weltbürgerlichen Fortbildung zu erweitern gilt. Sie sind vielmehr untrennbar verbunden mit einer langen Geschichte hegemonialer Kultur- und Identitätspolitik, die zwangsläufig auch ein Teil der jeweils eigenen, subjektiven Geschichte ist. Und so entwirft dieser Kosmopolitismus auch keine Utopien gleichsam paradiesischer, postnationaler Zustände, sondern allenfalls prekäre Heterotopien, die den Traum vom besseren Leben jenseits der Grenze ganz praktisch und politisch, im Rahmen des Machbaren, anvisieren.“ (Römhild 2007: 620f.).

Der Transnationalisierung des Kapitals, die in aller Munde ist, steht also eine sehr restriktive Transnationalisierung billiger Arbeit gegenüber, die meist gar nicht erkannt und anerkannt wird als das, was sie ist: das Modell eines *experimentellen Kosmopolitismus von unten*, indem ein Minimum an Perspektivwechsel, dialogischer Imagination und erfinderischen Umgang mit den in die Grenzregime eingebauten Widersprüchen zur Voraussetzung des Überlebens wird.

5 Ausblick: Der „Modernitätsstreit“ in der internationalen Soziologie

Kosmopolitische Formen sozialer Ungleichheiten dürfen weder verwechselt werden mit *globalen* Ungleichheiten noch mit *internationalen* Ungleichheiten. Es handelt sich dabei um ganz verschiedene Konzepte – was ihren Inhalt, aber auch ihre politischen Implikationen betrifft (Milanovic 2007; Pogge 2007; Thompson 2007). Der entscheidende Unterschied zwischen kosmopolitischen Ungleichheitsformen einerseits sowie globalen, internationalen und nationalen Ungleichheitsformen andererseits liegt in der Wahl der Bezugseinheit, in der Politik der Rahmung: Hier wird der Dualismus von national und international vorausgesetzt, dort aufgehoben; hier werden die Relationen sozialer Ungleichheit primär *innerhalb* von Nationen (oder im Vergleich zwischen Nationen) angesiedelt, dort wer-

den die Relationen sozialer Ungleichheit über Grenzen hinweg lokalisiert, also als Beziehung *zwischen* Nationen konzeptualisiert.

Globale Ungleichheiten folgen dem Prinzip des *allgemeinen Universalismus*, d.h.: Der Horizont der Gleichheit und damit die Einheit sozialer Ungleichheiten umfasst *alle*; wobei nicht zwischen Nationalität oder anderen Klassifikationen (nach Beruf, Geschlecht, Klasse, Ethnizität usw.) unterschieden wird. Internationale Ungleichheiten folgen dem Prinzip des *nationalen Partikularismus*: Die nationale oder internationale vergleichende Ungleichheits- und Klassensoziologie separiert die nationalen Sozialstrukturen und ordnet ihnen nationale Soziologien im Sinne des methodologischen Nationalismus zu. Im Falle nationaler und internationaler Ungleichheiten folgt die Beantwortung der Wer-Frage – wer bestimmt, wer in den Kreis politisch relevanter Ungleichheit gehört? – der Autorität der Staaten. Kein Zweifel, wir brauchen eine dritte Konzeption, die die weltweite Pluralität der grenzüberschreitenden Ungleichheitsrelationen anerkennt.

Wer diese nicht globalen und nicht internationalen, sondern kosmopolitischen Verwandlungen und Radikalisierungen sozialer Ungleichheiten ignoriert und im Gleichschritt der wohlfahrtsstaatlichen Klassenanalyse weitermarschiert, verfehlt die Aufgabe der Soziologie, nämlich über die plötzliche Fremdheit der Gesellschaft, in der wir leben, aufzuklären. Strenggläubige Modernisten werden aus ihren methodisch hochraffiniert produzierten empirischen Daten herauslesen, dass das Klassenparadigma der modernen Nationalgesellschaft von zeitloser Autorität und verpflichtender, kanonischer Gültigkeit ist. Um nur einen Befund herauszugreifen: Arbeiterkinder (gemessen an dem Bildungsniveau ihrer Eltern) sind trotz Bildungsreform an den Hochschulen kaum vertreten, Kinder wohlhabender und akademisch gebildeter Eltern dafür umso mehr. Nach wie vor bestimmt, so lautet die Schlussfolgerung, die Klassenherkunft die Zugangschancen zum Universitätsstudium. Der Fehlschluss von der statistischen Konstanz zur sozialen Konstanz der „Arbeiterklasse“ verdeckt die Schlüsselfrage: *Wer* sind die Personen und Gruppen, die nun statistisch unter der Konstanz des Substantivs „Arbeiterklasse“ subsumiert werden? Jedenfalls für Deutschland gilt, dass parallel die kulturelle Homogenität der so genannten „Arbeiterklasse“ im Zuge einer „inneren Globalisierung und Pluralisierung“ derselben aufgelöst wurde. In Deutschland lässt sich dies an dem geradezu explosionsartig gestiegenen Anteil von ausländischen Jugendlichen und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der Hauptschule, dem Abschluss der untersten Bildungshierarchie, zeigen. Die These von der konstanten Reproduktion sozialer Klassen setzt unreflektiert die

Konstanz der nationalen Mitgliedschaft der Mitglieder dieser Klassen voraus. Die multiethnische, multinationale Arbeiterklasse ist keine Arbeiterklasse mehr.⁵

Man stößt hier auf einen paradoxen Nerv der Moderne, auf ihre Unfähigkeit zu altern und ihr Geschick, noch in der Vergreisung die Quicklebendigkeit der Datenproduktion vorzutäuschen. So ist eine moderne Soziologie, die einstmals mit allen Tabus brach, selber zum Tabu geworden: Sie darf nicht bezweifelt und durch kosmopolitische Gegenentwürfe in Frage gestellt werden. Eine sakrosankte Moderne, die einmal den Inbegriff von Zukunft verkörperte, ist heute vordringlich damit beschäftigt, die Neu-Gierde, die die Triebfeder der Soziologie ist, einzuschläfern.

Tatsächlich schwelt unter der Oberfläche soziologischer Routinen in diesem Sinne ein Paradigmenstreit, der quer liegt zu den etablierten Theorieschulen und der auch das methodologische Verständnis der empirischen Sozialforschung neu herausfordert, weil er sich an der *Historizität*, also Vergänglichkeit der Grundbegriffe und Basisinstitutionen der modernen Gesellschaft im Zuge der Modernisierung der Modernisierung entzündet. Dabei geht es letztlich darum, inwieweit die Soziologie intellektuell und methodologisch überhaupt gerüstet ist, ihren Gegenstand – die Denkprämissen stürzende Dynamik der modernen Gesellschaft – angemessen zu verstehen und zu erklären (Beck/Bonß/Lau 2001; Beck/Lau 2004). Seit Beginn der 1980er Jahre bemühe ich mich, diesen Paradigmenstreit zugleich auf den Begriff zu bringen und auszulösen, indem ich zwischen *einfacher* und *reflexiver* Modernisierung unterscheide. Vom Blickpunkt der letzteren, der Modernisierung der Moderne, sind es nicht die Krisen, sondern die Erfolge radikalierter Modernisierung, die die sozialen und politischen Landschaften weltweit fundamental verändert haben und mit raschem Tempo scheinbar ewige Basiskategorien wie Klasse und Nationalstaat aus den Angeln heben. Angesichts dieser Dramen reflexiver Modernisierung versagen die Routinen. Wir sind Augenzeugen der Entstehung einer neuen Art des Kapitalismus, einer neuen Art von Internationalität, neuer Arten sozialer Ungleichheiten, neuer Arten von Natur, neuer Arten von Subjektivität, neuer Arten der alltäglichen Koexistenz mit Ausgeschlossenen, ja sogar einer neuen Art von Staatlichkeit, und es ist genau diese Art des epochalen Bedeutungswandels der Moderne, den die Soziologen begreifen, erforschen und erklären müssen.

Die andere Seite – die Majorität –, egal welcher Theorieschule sie angehört, sieht zumeist keine Anzeichen eines derartigen „Meta-Wandels“ im Sinne eines Wandels des Bezugrahmens des Wandels. Sie erklärt die „Reflexivmodernisierer“ zu Phantasten, Feuilletonisten, Essayisten ohne empirische Substanz und

5 Die „super-diversity“ der Klasse enthält ja nicht zuletzt auch Personen mit höheren Bildungsabschlüssen, deren Bildungskapital nicht anerkannt wird (Vertovec 2006).

Evidenz. Sie begreifen die Moderne immer schon als eine Mischform von Routine und Drama, als eine Art „Routine des Dramas“. Selbstverständlich denken auch sie in hochkomplexen Modellen; aber sie verorten die Diskontinuität des sozialen Wandels in der Kontinuität von Strukturen und haben, politisch gewendet, am Ende doch eine einfache Antwort auf jedes Problem: mehr Technologie, mehr Markt, mehr wissenschaftliches Know-how, mehr Wirtschaftswachstum, mehr funktionale Differenzierung, mehr (Wohlfahrts-)Staat oder mehr Militär, und die Probleme werden kapitulieren. Reflexivmodernisierer dagegen forschen und handeln im Verständnis, dass viele der Probleme, mit denen sich moderne Gesellschaften heute konfrontiert sehen, das spezifische Resultat moderner Technologie, früheren Wirtschaftswachstums, der sich vertiefenden Differenzierung von Subsystemen, der Introvertiertheit des National- und Wohlfahrtsstaates sowie militärischer Interventionen sind. Auch wenn unklar ist, was als nächstes kommt, so erscheint es doch einsichtig, dass die Probleme nicht gelöst werden können durch genau die Dinge, die sie hervorgebracht haben. Die Hamlet-These der Theorie reflexiver Modernisierung lautet demnach: Da ist etwas fundamental faul, nicht im Staate Dänemark, aber im Projekt westlicher Modernisierung. Das heißt allerdings nicht, dass wir kategorisch die Prinzipien der Modernität verwerfen und die Flucht in die Postmoderne antreten müssen. Wir müssen allerdings die Vorstellungswelt der simplen Moderne einer harschen Kritik unterwerfen, wenn wir das retten wollen, was die Moderne im Kern wertvoll macht. Und dafür benötigen wir – wie hier exemplarisch gezeigt – einen neuen Bezugsrahmen, sowohl begrifflich als auch methodologisch (Beck 2004; Beck/Sznajder 2006).

Denn die Grenzen der Soziologie in dieser Phase, in der radikalisierte Modernisierung Grundlagen der simplen, industriegesellschaftlichen, nationalstaatlich organisierten Gesellschaften auflöst, liegen darin, dass die Soziologie versucht, die gegenwärtigen Dramen mit einem Vokabular und in einer Grammatik zu beschreiben, die für die simple Modernität erdacht und etabliert wurden. Kategorien wie Kleinfamilie, Klasse, Nationalstaat sowie das System internationaler Beziehungen, die im Bild simpler Modernität auch noch nach dem Modell der russischen Puppen (Klasse setzt Nation voraus, Nation Internationalität usw.) ineinander verschachtelt gedacht werden, sind gänzlich unangemessen, wenn es gilt, die Grenzen mischenden Dramen einer sich globalisierenden Welt zu begreifen. Wenn man diesen *change of the frame of change* durch die Brille jener alten Kategorien betrachtet, erscheinen die neueren Realitäten in jedem dieser Handlungsfelder eher als Ausnahmen der fortbestehenden Normalität oder eben als Anomalien.

Literatur

- Albrow, Martin (1996): *The Global Age*. Cambridge: Polity Press
- Atkinson, Will (2007): *Beck, Individualization and the Death of Class*. In: *British Journal of Sociology* 58. 3. 349-366
- Bach, Maurizio (2004): *Unbounded Cleavages: Territoriale Expansion und soziale Ungleichheiten in Europa*. (Tagungsvortrag Bamberg Oktober 2004)
- Bauman, Zygmunt (1998): *Globalization*. Cambridge/Oxford: Polity Press
- Bauman, Zygmunt (2001): *The individualized society*. Cambridge: Polity Press
- Beck, Ulrich (1983): *Jenseits von Stand und Klasse*. In: Kreckel (1983): 35-74
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag
- Beck, Ulrich (2002): *Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter. Neue weltpolitische Ökonomie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag
- Beck, Ulrich (2004): *Der kosmopolitische Blick oder: Krieg ist Frieden*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag
- Beck, Ulrich (2007): *Weltrisikogesellschaft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag
- Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth (1990): *Das ganz normale Chaos der Liebe*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag
- Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth (2002): *Individualization: Institutionalized Individualism and its Social and Political Consequences*. London: Sage
- Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth (2004): *Families in a Runaway World*. In: Scott et al. (2004): 499-514
- Beck, Ulrich/Bonß, Wolfgang /Lau, Christoph (2001): *Theorie reflexiver Modernisierung. Fragestellungen, Hypothesen, Forschungsprogramme*. In: Beck (2001): 11-59
- Beck, Ulrich (Hrsg.) (2001): *Die Modernisierung der Moderne*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag
- Beck, Ulrich/Grande, Edgar (2004): *Das kosmopolitische Europa. Gesellschaft und Politik in der Zweiten Moderne*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag
- Beck, Ulrich/Lau, Christoph (Hrsg.) (2004): *Entgrenzung und Entscheidung: Was ist neu an der Theorie reflexiver Modernisierung?* Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag
- Beck, Ulrich/Sopp, Peter (Hrsg.) (2003): *Individualisierung und Integration: Neue Konfliktlinien und neuer Integrationsmodus*. Opladen: Leske + Budrich Verlag
- Beck, Ulrich/Sznajder, Nathan (2006): *Unpacking Cosmopolitanism for the Social Sciences: a research agenda*. In: *British Journal of Sociology* 57. 1-23
- Bledsoe, Caroline H. (2004): *Reproduction at the Margins: Migration and Legitimacy in the New Europe*. In: *Demographic Research. Special Collection* 3. 85–116
- Bourdieu, Pierre (1982): *Die feinen Unterschiede*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag
- Bourdieu, Pierre (1998): *Acts of Resistance. Against the New Myths of Our Time*. Cambridge: Polity Press
- Bourdieu, Pierre (2005): *Social Structures of the Economy*. Cambridge: Polity Press
- Castells, Manuel (2003): *Das Informationszeitalter (Band III)*. Opladen: Leske + Budrich Verlag
- Delanty, Gerard/Rumford, Chris (2005): *Rethinking Europe*. London: Routledge

- Frank, André G./Gills, Barry K. (1993): *The World System: five hundred years or five thousand*. London: Routledge
- Fraser, Nancy (2007): *Justice in a Globalizing World*. In: Held/Kaya (2007): 252-272
- Goldthorpe, John H. (2000): *On Sociology: Numbers, Narratives, and the Integration of Research and Theory*. Oxford: Oxford University Press
- Goldthorpe, John H. (2002): *Globalisation and Social Class*. In: *West European Politics* 25. 3: 1-28
- Goldthorpe, John H./McKnight, Abigail (2006): *The Economic Basis of Social Class*. In: Morgan et al. (2006): 109-136
- Heidenreich, Martin (2006): *Die Europäisierung sozialer Ungleichheiten zwischen nationaler Solidarität, europäischer Koordinierung und globalem Wettbewerb*. In: Heidenreich (2006): 17-64
- Heidenreich, Martin (Hrsg.) (2006): *Die Europäisierung sozialer Ungleichheiten*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag
- Held, David/McGrew, Anthony (Hrsg.) (2007): *Globalization Theory. Approaches and Controversies*. Cambridge: Polity Press
- Held, David/Kaya, Ayse (Hrsg.) (2007): *Global Inequality*. Cambridge: Polity Press
- Jordan, Tim/Pile, Steve (Hrsg.) (2002): *Social Change*. Oxford: Blackwell
- Kiely, Ray (2007): *The New Political Economy of Development: Globalization, Imperialism, Development*. London: Palgrave
- Kreckel, Reinhard (Hrsg.) (1983): *Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt. Sonderband 2*, Göttingen: Schwartz & Co.
- Kriesi, Hanspeter/Grande, Edgar (2006): *Globalization and the transformation of the national political space*. In: *European Journal of Political Research*. 45: 921-956
- Lash, Scott (2002): *Individualization in a non-linear mode*. In: Beck/Beck-Gernsheim (2002): vii-xiii
- Scott, Jacqueline/Treas, Judith/Richards, Martin (Hrsg.) (2004): *The Blackwell Companion to the Sociology of Families*. Malden: Blackwell Publishers
- Martell, Luke (2007): *Global Inequality, Human Rights and Power: a critique of Ulrich Beck's cosmopolitan politics*. Unpublished paper. University of Sussex: Department of Sociology
- Mau, Steffen (2006): *Grenzbildung; Homogenisierung, Strukturierung: Die politische Erzeugung einer europäischen Ungleichheitsstruktur*. In: Heidenreich (2006): 109-136
- Mau, Steffen (2007): *Transnationale Vergesellschaftung*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Milanovic, Branko (2007): *Globalization and Inequality*. In: Held/Kaya (2007): 26-49
- Morgan, Stephen L./Grusky, David B./Fields, Gary S. (Hrsg.) (2006): *Mobility and Inequality: Frontiers of Research from Sociology and Economics*. Stanford: Stanford University Press
- Nederveen Pieterse, Jan (2004): *Globalization and Culture: global mélange*. Lanham: Rowman and Littlefield
- Ong, Aihwa (2005): *Flexible Staatsbürgerschaften*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag
- Poferl, Angelika (2006): *Solidarität ohne Grenzen? Probleme sozialer Ungleichheit und Teilhabe in europäischer Perspektive*. In: Heidenreich (2006): 231-252
- Pogge, Thomas (2007): *Reframing Economic Security and Justice*. In: Held/McGrew (2007): 207-224

- Robertson, Roland (1992): *Globalization. Social Theory and Global Culture*. London, Thousand Oaks, New Delhi: Sage
- Robinson, William I./Harris, Jerry (2000): *Toward a global ruling class? Globalization and the transnational capitalist class*. In: *Science & Society* 64. 1: 11-54
- Römhild, Regina (2007): *Migranten als Avantgarde?* In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 52: 618-624
- Sassen, Saskia (2007): *Das Paradox des Nationalen*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag
- Sennett, Richard (2002): *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*. Berlin: Berlin Verlag
- Shafir, Gershon (Hrsg.) (1998): *The Citizenship Debates. A Reader*. Minneapolis: University of Minnesota Press
- Sklair, Leslie (2001): *The transnational capitalist class*. Oxford: Blackwell
- Thompson, Grahame F. (2007): *Global Inequality, the 'Great Divergence' and Supranational Regionalization*. In: Held/Kaya (2007): 176-203
- Vertovec, Steven (2006): *The emergence of super-diversity in Britain*. Unpublished manuscript. Oxford: University of Oxford
- Wallerstein, Immanuel (1979): *The capitalist world-economy*. Cambridge: Cambridge University Press
- Wallerstein, Immanuel (1983): *Klassenanalyse und Weltsystemanalyse*. In: Kreckel (1983): 301-320
- Wallerstein, Immanuel Maurice (1986): *Das moderne Weltsystem. Kapitalistische Landwirtschaft und die Entstehung der europäischen Weltwirtschaft im 16. Jahrhundert*. Frankfurt am Main: Syndikat
- Weiß, Anja (2005): *The transnationalisation of social inequality*. In: *Current Sociology* 53. 4. 707-728